







als eine bewährte Tatsachensituation! Die russischen Proleten hatten es nicht so leicht, die Gewerkschaften zu zerschlagen, weil diese bis zum Abbruch der Revolution von 1905 illegal gearbeitet hatten und — soweit sie schon vorhanden waren — im Feuer der Revolution, durch die Wucht der einsetzenden Massenbewegungen, sich politisch ausbreiteten und sich als politische Kampfbündel ausbildeten. Auf dem Plan zu treten! Die Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts spielte zusammen mit der Verleumdung und Versammlungsfreiheit die russischen Arbeiter nicht wie die deutschen nach dem Sturz des wilhelminischen Regimes nur in Lohnbewegungen sich ergehen, sondern zwang sie zu politischen Kämpfen mit dem Zarismus. Selbst die Organisationsform der Gewerkschaften, die vor allem bei der Gewerkschaft der Eisenbahner (die sich erst als während der Revolutionsbewegung bis Ende April 1905 gebildet hatten), zwang die Revolution in den Kampf politischer Auseinandersetzungen mit dem Zarismus. Der Kampf gegen die Kapitalistenklasse auszuweichen, die die Niederschlagung der 1905er Revolution und das Einsetzen der blutigen, zaristischen Willkür drängte die russischen Proleten mit Ausnahme der Intellektuellen, nicht in den Kampf kleinerer, bürgerlicher Bestrebungen, sondern hielt sie im Gegenteil bei der illegal vorgenommenen Arbeit in revolutionärer Bahn. — Als die Revolution nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917 sich wieder erheben konnte, ließen die russischen Arbeiter als Avantgarde des Proletariats die revolutionäre Tradition von 1905 neu aufleben, indem sie die Massen sammelten, um vertretende Institutionen in Form von Deputiertenversammlungen zu schaffen. Nichts von der Gewerkschaftspolitik des Pazifismus mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften kurz vor und in der Revolution, wie wir es in Deutschland täglich sehen, halfte den russischen Proletariats an und machte sie daher allmählich reif in dem Gedanken zur Ergreifung der politischen Macht, der Errichtung der proletarischen Diktatur. Die verhältnismäßig leichte Umstellung des russischen Gewerkschaftssystems auf den revolutionären Klassenkampf beweist, daß es nicht konterrevolutionär war, und nicht zertrümmert werden brauchte, um ein Neues an dessen Stelle zu setzen. **Rußlands wilhelminische Gewerkschaften** sind in der russischen Revolution als ein toter Rest der alten Gesellschaften zu betrachten, die sich im Laufe der Revolution als ein totes Element der neuen Gesellschaften herausbildeten und sich als ein totes Element der neuen Gesellschaften herausbildeten. Die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften während der Revolution, die sie in der Wirklichkeit keine Erfahrung des Rußlands der Oktoberrevolution, sondern ein klebürgisches Produkt des Rußlands der wilhelminischen Epoche darstellten, ist ein totes Element der neuen Gesellschaften. Die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften während der Revolution, die sie in der Wirklichkeit keine Erfahrung des Rußlands der Oktoberrevolution, sondern ein klebürgisches Produkt des Rußlands der wilhelminischen Epoche darstellten, ist ein totes Element der neuen Gesellschaften.

### Wirtschaft Die Arbeitslosigkeit steigt

Das Berliner Arbeitsamt beunruhigt sich endlich dazu, die seit vielen Wochen steigende Arbeitslosigkeit für die Woche vom 14. bis 20. November endlich zuzugabene. Die Zunahme der in der Arbeitslosenliste eingetragenen Personen beträgt in der Berichtwoche 3628. Da bestimmte Saisonerschätzungen ihre Einflüsse geltend machen, ist die Lage zur Zeit wenig übersichtlich. Es war 2895 Personen bei den Arbeitsnachweiser des Landesarbeitsamtes Berlin eingetragen, gegen 229 267 der Vorwoche. Darunter befanden sich 148.359 (146 386) männliche und 84.536 (82 881) weibliche Personen. Unterstützungen bezogen 102 763 (100 360) männliche und 53 603 (51 339) weibliche insgesamt 156 366 (151 675) Personen. Von der Erwerbslosenliste der Stadt Berlin wurden 36 522 (36 332) oder 190 weniger als in der Vorwoche unterstellt. Bei Notstandsarbeiten waren 8911 (8682) oder 229 mehr als in der Vorwoche beschäftigt. Die Fürsorge hat demnach in der Berichtwoche 3728 Erwerbslose die Unterstützung entzogen. Dadurch sind „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ und „Krisenfürsorge“ gleichermaßen illustriert.

### Eine Streikbruchbilanz

Der deutsche Außenhandel im Oktober mit 110 Mill. Mark passiv.

Der deutsche Außenhandel ist im Oktober wieder passiv. Er beträgt die Einfuhrüberschuss im reinen Warenverkehr 110 Millionen RM, insgesamt 266 Millionen RM.

Es betrug in 1000 RM nach Gegenwärtswerten die

|                                 | Einfuhr  |         | Ausfuhr |         |
|---------------------------------|----------|---------|---------|---------|
|                                 | Okt.     | Sept.   | Okt.    | Sept.   |
| Lebende Tiere <sup>1)</sup>     | 15 691   | 14 435  | 1 202   | 802     |
| Lebensmittel und Getränke       | 334 263  | 255 889 | 43 401  | 28 946  |
| Rohstoffe und halbfertige Waren | 454 497  | 438 304 | 232 590 | 224 175 |
| Fertige Waren                   | 155 665  | 114 791 | 602 569 | 528 447 |
| Reiner Warenverkehr             | 990 116  | 823 419 | 879 762 | 836 370 |
| Gold und Silber <sup>2)</sup>   | 157 934  | 107 019 | 2 636   | 3 512   |
| Zusammen:                       | 1148 050 | 930 438 | 882 398 | 839 883 |

Es betrug in 1000 die

|                                 | Einfuhr |        | Ausfuhr |        |
|---------------------------------|---------|--------|---------|--------|
|                                 | Okt.    | Sept.  | Okt.    | Sept.  |
| Lebende Tiere <sup>1)</sup>     | 141     | 134    | 1       | 1      |
| Lebensmittel und Getränke       | 8 807   | 6 219  | 2 178   | 1 674  |
| Rohstoffe und halbfertige Waren | 30 607  | 29 300 | 59 141  | 60 304 |
| Fertige Waren                   | 1 202   | 1 007  | 6 386   | 5 870  |
| Waren aller Art <sup>2)</sup>   | 40 757  | 36 720 | 67 676  | 67 948 |
| Gold und Silber <sup>2)</sup>   | 2       | 0      | 0       | 0      |

<sup>1)</sup> Ohne Pferde.  
<sup>2)</sup> Nicht bearbeitet, Gold- und Silberminzen.  
<sup>3)</sup> Ohne Wasserfahrzeuge.  
<sup>4)</sup> Reiner Warenverkehr.

Die reine Warenverkehr im Oktober zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 167 Millionen RM. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist eine Zunahme um 78 Millionen RM, die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um 46 Millionen RM, die Einfuhr an Fertigen um 41 Millionen RM gestiegen. Die Ausfuhr an Fertigen gegenüber dem Vormonat ebenfalls eine Belebung. Auch hier erstreckt sich die Zunahme auf alle Gruppen; es zeigen eine

### Alle Leser der „KAZ“

Wir wollen, uns Adresse einmündigen von Genossen, die evtl. Interesse für die „KAZ“ haben.

Wir wollen Prozessoren der „KAZ“ zu solche Genossen werden.

Steigerung: Lebensmittel und Getränke um 14 Millionen RM, Rohstoffe und halbfertige Waren um 8 Millionen RM, und Fertigen um 20 Millionen RM.

Die Oktober-Außenhandelsbilanz weist also in der Ausfuhr wie in der Einfuhr eine Steigerung auf, sie ist aber trotzdem der Ausdruck der sich zuspitzenden Krise in Reinkultur. Nicht wegen ihrer Passivität um 110 Millionen Mark im reinen Warenverkehr, resp. um 266 Millionen Mark einschließlich Gold- und Silber, die Passivität könnte eher als Aktivposten einer aufsteigenden Wirtschaftskurve angesehen werden, die die Ausfuhr übersteigende Einfuhr besteht zum Teil aus Rohstoffen und nur zu einem Teil aus Fertigfabrikaten. Das Minimum der Außenhandelsbilanz für Oktober als Gradmesser der Wirtschaftsperspektive liegt aber darin, daß die Ausfuhr, weitestgehend sie gestiegen ist gegenüber den Vormonaten überhaupt, zum größten Teile aus Kohlen besteht und demnach aus Eisenabfallprodukten für den englischen Markt. Auch die geringfügige Anstiegs-Steigerung in Fertigfabrikaten ist auf den englischen Markt zurückzuführen. Die Oktoberbilanz ist die typischste Streikbruchbilanz seit Ausbruch des englischen Streiks. Das wichtigste Merkmal der Oktoberbilanz ist, daß trotz aller Rationalisierung, trotz Millionenarbeitslosigkeit und überfüllter Warenmagazine, die durch die Kohlen- und Eisenindustrie geschaffene Kaufkraft kam nur zu einem geringen Teil den deutschen Konsumindustrien zugute, sie wurde aufgezogen durch die überlegene Technik Amerikas.

In England streiken über 1 Million Bergarbeiter und von den 151 Hochöfen vor dem Bergarbeiterstreik sind heute gerade 5 (fünf) Stück unter Feuer. Die Eisen- und Stahlindustrie sind ebenfalls (und deshalb auch die Konsumindustrien) stark in Mitleidenschaft gezogen, trotzdem die deutsche Proletariat an Streikbruch das menschenmöglichste leistete und die Transportarbeitergewerkschaften vor lauter Konjunktur den Himmel voller Geister sehen und sogar Lohnforderungen durchdrücken. Das Blatt beugt sich aber schon zu wenden. Die englische Wirtschaft wird sich im Laufe des Jahres nicht nur mit billigeren Löhnen und verschlechterten Arbeitsbedingungen verschrift auf dem Weltmarkt vorstoßen, auch die Fertigwareindustrien sind sich jetzt schon darüber klar, daß sie ihren Arbeitern dieselben Bedingungen diktieren werden, zu denen die Grubenarbeiter geschickten in die Schächte zurückkehren. Die neu gerüstete (auch technisch während der Arbeitsruhe gesteigerte) englische Industrie wird mit ihrem willkürlichen Produktionsmaterial die Preise auf dem Weltmarkt diktieren. Für die deutsche Industrie fällt nicht nur der englische Markt fort, sie wird auch auf dem Weltmarkt geschlagen. Die Reihe des Lohnabbaus erfaßt dann das deutsche Proletariat. Die Gewerkschaften werden dann — auf die englische Konkurrenz verweisend — willig ihre schmutzigen Hände bieten. Ein niedrigerer Druck auf die deutschen Arbeitssklaven wird die Folge der Industrieller ihrer Gewerkschaften sein. Die Entwicklung der Wirtschaft wird dann notwendig die absteigende Linie weiter folgen, die sie vor dem englischen Streik hatte. Zu dem abgebauten Löhnen und verschlechterten Arbeitsbedingungen wird das Proletariat dann die Massenarbeitslosigkeit zu tragen haben.

### „Gesundheitskrise“ in Frankreich

EP. Paris, 20. November. Infolge der Frankenausso ist in verschiedenen Industrien bereits Arbeitslosigkeit eingetreten. Eine große Automobilfabrik von Paris hat heute 1800 Arbeiter entlassen. Eine andere, die täglich 200 Autos herstellt, hat während der letzten Woche nur ganze zwei Autos verkauft. Auf eine Anfrage hat der Polizeipräsident von Paris erklärt, daß im Falle von größerer Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeiter ausgewiesen würden.

### Aus der Bewegung Die Liquidierung der AALZ

In Göttingen hat vergangenes Sonntag eine Reichskonferenz der Gläubigen im Platz der Freiheit stattgefunden. Wie diese Reichskonferenz am Stande kam, dazu folgende Illustration: In Berlin hat Katz 5 Mann noch 5 Minuten vor zwölf zusammengebracht. Von diesen fünf, die diesem „Spartakusbund“ einige Tage vor der Reichskonferenz beitraten, hat Katz zwei Delegierte bestellt. Die „AALZ“ Groß-Berlin stellte 6 Delegierte. Die Mitglieder, die die AALZ in Berlin noch hatte, sind jedoch vordem von dem Bonzenfresser Piempert ausgeschlossen worden, so daß die Delegierten der AALZ, ungehörig im Namen der Partei, die Mitgliederzahl nicht, wie die Katz-Richtung, insgesamt waren 40 Delegierte vertreten, von denen nach diesem Wahlmodus jeder noch 1/5 Mitglieder tünter sich hat. Wir brauchen nicht nicht erst betonen, daß die AALZ — wie es fälschlicherweise in die Presse lanciert wurde — „Gründung“ nicht gemein hat. Trotzdem hat Katz — wenn auch wider Willen — ganz gute Arbeit geleistet. Er hat die AALZ, so heillos kompromittiert, daß diese aus reiner Verzweiflung ihren Namen über Bord warf, um durch die kleine Schar um Katz die Lücken aufzufüllen, die durch die Flucht der paar ehrlichen Proleten infolge der Kunststücke der Piempert und Katz entstand. Der Dritte im Bunde, der „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe“, ist kurz vor der Hochzeit unter Verweigerung, die die Wahl ihrer Mittel nicht wählweise sind, mildernde Umstände zu versagen. Wir wünschen diesem Banker, dessen Geburt der AALZ, das Leben kostet, einen schmerzlichen Tod.

### Um jeden christlichen Arbeiter wird gekämpft

Die „Entschiedene Linke“ bringt folgenden Brief ihrer Hagener Genossen zum Abdruck:

Werte Genossen!

In der Ortsgruppe Hagener haben sich unerhörte Vorgänge abgespielt. Die Genossen Paul Baumgarten, Walter Neuenhofer und Hermann Walter wurden ausgeschlossen und zwar mit der Begründung, sie seien Verleumder usw.

Diese Vorgänge und unwahren Behauptungen riefen bei den Arbeitern Hagener eine ungeheure Empörung hervor. Einmal war es dem Diktator Neuenhofer nicht klar, welche Auswirkungen diese unerhörten Maßnahmen der Bezirksleitung haben würden.

Wir alle weißt, daß die obgenannten Genossen keine Verleumder sind, sondern daß sie stets ihre revolutionäre Pflicht getan haben, lange bevor die Kreisgruppe, Neuenhofer und Genossen es unternahm, den Bezirk Niederrhein mit Kanonenschüssen niederzutramplen.

### Die Gegenstände haben in einer Mitgliederversammlung am 26. Oktober eine neue Zuspitzung erfahren. Der sogenannte „Aach-Genosse Fritz Schneitler kämpfte fortgesetzt mit dem zeitigen Waffens, die ihm eigen sind. Er schlug mit einem schweren Gegenstand ohne jede Veranlassung dem Genossen Diederich Rademacher die Schädeldecke ein.

Ein großer Teil der ehrlichen revolutionären Genossen in Hagener solidarisierte sich mit den Ausschlossenen nach diesem Vorgänge. Diese Genossen sind entschlossen, allen weiteren Angriffen der spärlichen Parteibürokratie unbegonnen Widerstand entgegenzusetzen.

Sie rufen Euch zu: Bis hierher und nicht weiter! Genossen! Ihr dürft uns in unsern schweren Kämpfen nicht allein lassen. Nehmt überall Entschlossenheit an und erklärt Euch mit den ausgeschlossenen ehrlichen Parteigenossen Hagener solidarisch.

Anch die Mehrheit des KJVD, Hagener hat sich mit den Ausschlossenen bereits solidarisiert.

Werte Genossen! Wir sind fest davon überzeugt, daß ihr uns in unsere Kämpfe als entschiedene linke Opposition tatkräftig unterstützen werdet.

Wir erbitten umgehend Nachricht an den Genossen Hermann Walter, Hagener, Eickestr. 13.

Mit kommunistischem Gruß  
Entschlossene linke Opposition der KPD.  
Ortsgruppe Hagener.

### Proletarisches Notizbuch

Von der Hure des Kapitals. Wie jetzt bekannt wird, hat die Regierung im April des Jahres die „DAZ.“ mit dem gesamten Redaktionsstab gekauft, und seitdem finanziert.

Die KPD, als Gesetzfabrik. Die KPD, hat einen Gesetzesentwurf für den Achtstundentag geschrieben, um ihn im Reichstag ablehnen zu lassen.

Die „Krisenfürsorge“. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Gesetz über die Krisenfürsorge am 21. November in Kraft getreten ist. Die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit sowie alle anderen Vorbedingungen (!), die für die reguläre Erwerbslosenfürsorge gelten, sollen geprüft werden.

Aufstand in Brasilien. Reuter meldet aus Buenos Aires, daß in Rio Grande do Sul offene Kämpfe zwischen meuteren und Bundesstruppen ausgebrochen sind. Die Verluste an Toden und Verwundeten sollen sich auf 400 belaufen.

Die Klassenjustiz. Das Attentat Schöffengerechtig verurteilte drei Mitglieder des RFB zu Gefängnisstrafen von je sechs Monaten.

Warschau, 19. November. IRH. Am 13. November verurteilte das Geschworenengericht in Tarnopol einen westukrainischen Kommunisten Biby wegen Hochverrats und Prozeßganges zur Loslösung Ostgaliziens von Polen zum Tode!

Typen in Schloß. Aus Seidenberg in Schlesien wird gemeldet, daß unter der Arbeiterschaft der Glasfabrik Losky in Oranienhöhe 9 Typhuskrankungen aufgetreten sind, von denen eine tödlich verlief.

Grubenunfall in Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurden bei einer Grubenexplosion 28 Bergleute getötet und verwundet.

Die erweiterte Exekutive der Komintern ist zu ihrer siebensten Sitzung zusammengetreten. Syrowiew wurde in seiner Abwesenheit formell abgesetzt. Bucharin erklärte, daß die Komintern immer noch die Weltrevolution wolle. Die „Internationale“ wurde laut provisorischem Bericht am ersten Tag dreimal gesungen. Die Exekutivtagung wird genaue Anweisungen für die einzelnen Sektionen geben bezüglich der beschleunigten Reinigung der einzelnen Sektionen von kommunistischen Resten.

### Offiziellen Wirtschaftsbezirkskonferenz Rheinland-Westfalen

Am Sonntag, den 12. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der KAPD, statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen Delegierte schicken. Lokal ist im Randschreiben bekanntzugeben.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Die Krise der KPD. — 3. Erwerbslosenfrage. — 4. Organisatorisches. — a) Geschäftsberichte der Ortsgruppen. — b) Verbindung. — c) Presse. — e) Agitation. — 5. Verschiedenes.

### Mitteldeutschland und Sachsen.

Ortsgruppe Halle.  
Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Volkspark, den 4. Dezember, öffentliche Diskussionsabend. Thema: „Revolutionärer Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Union?“ Alle oppositionellen KPD- und RFB-Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Ortsgruppe Chemnitz.  
Am Sonnabend, den 4. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Sächsisches Krotz“, Dresdener, Ecke Lessingstraße, öffentliche Diskussionsabend. Thema: „Fachgewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?“ Sympathisierende sind willkommen.

Ortsgruppe Leipzig.  
Jeden Donnerstag, abends 7.30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende im „Schloß Lindenfels“, Karl Heinstre. Rekrate und freie Aussprache über die brennendsten Fragen des Klassenkampfes.

Antrag zur Bezirkskonferenz.  
Die Ortsgruppe Essen stellt den Antrag, den auf der vorletzten Bezirkskonferenz gefaßten Beschlüssen (1. Mk. Extrablatz pro arbeitendes Mitglied und Monat) abändern. Extrablatz ist in Zukunft nicht mehr an die Geschäftsleitung abzuführen, sondern wird den Ortsgruppen zwecks besserer Agitation überlassen.

### Groß-Berlin

7. Bezirk, Sonnabend, den 27. 11. 26, abends 7.30 Uhr, Lokal Koch, Schillerstr. 75: Mitgliederversammlung. Referat: Politische Lage. Ersuchen ist Pflicht.

Charlottenburg. Jeden Dienstag, vormittags 10 Uhr: Sitzung der Erwerbslosen-Fraktion im Lokal Galvanstr. 7. Dortselbst werden die Beitragsmarken für die arbeitslosen Mitglieder geklebt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Achtung! Moabit!  
Der für Freitag, den 28. November angesetzte öffentliche Diskussionsabend findet 8 Tage später statt, am 6. Dezember.

Für den Pressedienst gehen ein: 17. Unterbezirk 10, Martin 0.50, Ortsgruppe Zittau 10.—, Lüddecke, Hohen-Neuendorf 0.50, Luckert 0.50, O. Franke, Wrezen 1.—, Gen. Zinke 3.—, 8. Bezirk 2.50, 9. Bezirk 10.—, Mark.

Verantwortlich und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sza. Neuhalla. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isodortz, Berlin O. 17, Losenstraße 79.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Losenstr. 79.

November 1926

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto, Berlin NW. 7, Nr. 528 42. Buchhandl. L. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Losenstr. 79.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1.20 Mk., mehr bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

## Neues Ablenkungsmanöver des ADGB. Notgesetzentwurf zur Arbeitszeitverkürzung

Nach wochenlangem bombastischer Ankündigung ist nun endlich der Wortlaut des Notgesetz-Entwurfes des ADGB, und der SPD, veröffentlicht worden. Prinzipiell wird damit an dem bestehenden Zustande nichts geändert. Es sollen einige Paragraphen der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung vom 21. Dezember 1923 unwesentlich geändert werden. Diese Abkommen unter Aufhebung der lähmenden Demoralisierungsvorschriften des Achtstundentag durch allerlei Ausnahmen und Hintertüren zu jener kautschukartigen Formel gemacht, die zur „Friedensarbeitszeit“ und Ueberstundenwirtschaft führte.

Im einzelnen läßt das Notgesetz die sogenannte „Arbeitsbereitschaft“ gelten. Der Reichsarbeitsminister soll durch Ausführungsbestimmungen feststellen, was als Arbeitsbereitschaft zu gelten hat. Der faktische 10- bis 12-Stundentag der Eisen- und Stahlindustrie würde also selbst durch ein papierenes Gesetz geändert. Nach der geltenden Verordnung kann der Achtstundentag in bestimmten Fällen um zwei, bzw. eine, Stunden nach „Anordnung“ der Betriebsvertretung überschritten werden. Der gewerkschaftliche Entwurf will hier um den Herr-im-Hause-Standpunkt einen „wirtschafts-demokratischen“ Schleier legen: Durch Tarifvertrag und Vereinbarung mit der Betriebsvertretung, im Streitfall durch verbindlichen Spruch des gesetzlichen Schlichtungsausschusses, sollen die Arbeiter „pazifistisch“ für Ueberschreitungen gewonnen werden. Sonst ist nur noch von Belang, daß Tarifverträge, die über das Gesetz hinausgehen, außer Kraft treten und daß der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ausführungsbestimmungen zu diesem Mustertextemplar gewerkschaftlicher Stützungsarbeit am Kapitalismus erwirken soll.

Doch die Unternehmer wollen selbst diese allerbesten Reformer nicht so geräuschlos in die Große Koalition geholen, wenn die SPD, mit den Gewerkschaften dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen“ führt. Ihnen ist aber auch damit nicht gedient, daß die KPD bei dieser günstigen Gelegenheit einen Gesetzentwurf für Achtstundentag und 42-Stunden-Woche einbringt. Der parlamentarische „Kampf“ um Tagelohn der Arbeiterschaft kann wohl vorübergehende „Sympathien“ bei den Massen und evtl. größere Wählermassen einbringen. Aber ändern kann er nichts. Im Gegenteil wird durch die Stärkung der demokratischen Illusionen die Selbstaktivität der Arbeitermassen noch mehr gehemmt. Nur wenn die Arbeiter, unberrt durch das Blendwerk der parlamentarischen Reuen, sich selbst aktiv in Bewegung setzen und wenn sie bereit sind, ihre proletarischen Kampfwaffen einzusetzen — nur dort werden die bestehenden Machtverhältnisse geändert werden.

Solange die Arbeiter noch irgend etwas vom Parlament erwarten, kann sich ihr erbärmliches Los nicht Situation ändern, können sie immer noch in zuspitzenden Ringe Zugeständnisse von der Abschüttelung ihres Loses als Arbeitsfreie abgeleitet werden. Der „kommunistische“ Gesetzentwurf fordert u. a.:

1. Die weiblichen Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft von der 6. Monat der Schwangerschaft nicht länger als 4 Stunden täglich beschäftigt werden. Für Mütter beträgt die Arbeitszeit bis zu einem Jahre nach der Niederkunft täglich sechs Monate eine halbstündige Stillperiode zu gewähren.

2. Die Unternehmern sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsunterbrechung den dazü während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des 12. Monats (Stillzeit) nicht entgegen.

die Kapitalisten sind die Rationalisierungserfolge um so größer, um so besser es ihnen gelingt, auf Kosten der Proletenknochen den Konkurrenzkampf auf dem krisen- Arbeitererleid in klingendes Gold umzumünzen.

Und die Gewerkschaften die heute ein Indianer- Wares sein es nicht, die im Verein mit der SPD, den Arbeitern die Rationalisierung — wie sie sie „meinen“ — allgemeiner Volkswohlfahrt schmachtet und auch in Zukunft jeden Widerstand gegen die Rationalisierung — nach altem kanonem Muster „hat Dieselben, die heute — dieselben haben erst durch ihre bedingungslose Billigung und Förderung der kapitalistischen Rationalisierung ermöglicht, daß z. B. in der Textilindustrie die 60-Stundenwoche normal ist. Das Stundkonto der Gewerkschaftsbürokratie — das bereits zum Übermaß benudenheit mit der deutschen Bourgeoisie, die sie in den Mantel der Interessengemeinschaft zwischen der „Wirtschaft“ und den Arbeitern zu kleiden versucht. Und das hat so lange Erfolg, bis die Arbeiter sich nicht mehr durch die periodischen Ablenkungsmanöver der Gewerkschaften verwirren lassen.

„Arbeitszeit-Verkürzung“ — demokratischer Bluff.

Es ist immerhin möglich, daß dieser Entwurf — vielleicht Fassung — „Notgesetz“ wird. Und der Erfolg für an ihrer Sklavenvorstellung geändert! Gleich null, nichts wird ein Erfolg, weil sie dann mit scheinbar „arbeiterfreundlicher“ Tätigkeit um so geräuschloser in die Große Koalition hineintrutschen kann. Den Erwerbslosen ist damit dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen“ führt.

Es ist immerhin möglich, daß dieser Entwurf — vielleicht Fassung — „Notgesetz“ wird. Und der Erfolg für an ihrer Sklavenvorstellung geändert! Gleich null, nichts wird ein Erfolg, weil sie dann mit scheinbar „arbeiterfreundlicher“ Tätigkeit um so geräuschloser in die Große Koalition hineintrutschen kann. Den Erwerbslosen ist damit dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen“ führt.

Es ist immerhin möglich, daß dieser Entwurf — vielleicht Fassung — „Notgesetz“ wird. Und der Erfolg für an ihrer Sklavenvorstellung geändert! Gleich null, nichts wird ein Erfolg, weil sie dann mit scheinbar „arbeiterfreundlicher“ Tätigkeit um so geräuschloser in die Große Koalition hineintrutschen kann. Den Erwerbslosen ist damit dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen“ führt.

Es ist immerhin möglich, daß dieser Entwurf — vielleicht Fassung — „Notgesetz“ wird. Und der Erfolg für an ihrer Sklavenvorstellung geändert! Gleich null, nichts wird ein Erfolg, weil sie dann mit scheinbar „arbeiterfreundlicher“ Tätigkeit um so geräuschloser in die Große Koalition hineintrutschen kann. Den Erwerbslosen ist damit dieses parlamentarische Arbeitszeit-Manöver unter dem Stichwort: „Arbeit für die Arbeitslosen“ führt.

Soweit ganz schön und gut. Gesetzten den Fall: Die Kapitalisten würden um den Preis der Rettung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht vor der drohenden sozialen Revolution diesen § als kleineres Übel wählen. Was würde praktisch eintreten? Vergleichend wir einmal mit Rußland, wo nach den Angaben der orthodoxen Erklärer die Arbeiter herrschen — und selbst ihre Gesetze durchführen sollen.

Nach dem Bericht des „Trud“ vom 20. August 1925 äußerte sich Tomski auf eine Anfrage von Mehhardt (Erste deutsche Arbeiterdelegation), folgendem Inhalt über die zweischneidige Waife des Frauenschutzes, das nun einmal vorkommt, wenn noch so wohlgemeinte (Frauen- und gleichfalls Jugend-) Schutzbestimmungen im Gegensatz zu den wirklichen ökonomischen Verhältnissen stehen. „Trud“ schreibt:

„Ich möchte dem, was Gen. T. sagte, etwas hinzufügen. Die Frage der Frauarbeit und der Erleichterung ihrer Arbeit ist eine zweischneidige Frage. Der Arbeitervorteil hat seine Grenzen. Die Frau hat ihre Pflichten. Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen führte dazu, daß die Frauen von der Produktion verdrängt wurden. Das bedeutet, daß das Gesetz in Richtung des Schutzes der Frau sich in eine Waife der Verdrängung der Frauen verwandelt.“

Die Moral der reformistischen Gesetzschuster.

Es ist für uns Arbeiter keine Streitfrage, daß die intensive Arbeitsanbahnung selbst die achtstündige Arbeitszeit zur Tortur macht, daß sechs Stunden heute dem Kapitalisten soviel Mehrwert einbringen als vormals acht Stunden. Es ist weiter kein rühmliches Zeichen proletarischer Klassen солидарität, wenn Betriebsarbeiter nicht gegen Ueberstunden schienen können, während ihre Arbeitsbrüder auf dem Straßenpflaster liegen. Aber die Arbeiterklasse zu Rate gehen, nachdem alle „Aktionen“ der Gewerkschaften und Parlamentsparteien von einer Niederlage zur anderen geführt haben. Heute befindet sich der Kapitalismus in seiner krisenhaften Schluphase. Heute steht das verstrickte Kapital der Arbeit als einheitliche politische und wirtschaftliche Macht gegenüber. Der „Kampf um den Achtstundentag“ im hergebrachten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Rahmen kann die Arbeiterschaft nur um eine neue Enttäuschung reicher machen.

Wollen die Arbeiter aber die ihnen zugedachte Rolle zu Heloten degradiert zu werden, abwertender, können sie ihren Kampf nur auf antiparlamentarischen Kampf um die gewerkschaftliche Grundlage führen. Den Kampf um die 42-Stunden-Woche oder um andere Tageslöhne, die eben im kapitalistischen Staat nicht haben, sind, wird sofort die geschlossene Front der Bourgeoisie gewappnet finden. Stegen kann das Proletariat nur, wenn es dann gleichfalls die solidarische Front aufbricht und alle Kampfmittel, die ihm zur Verfügung stehen, einsetzt gegen die Machtorgane der bürgerlichen Republik und ihre reformistischen Lakaien.

Das notwendige organisatorische Fundament ist der Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter in der AALZ. Mögen dann die parlamentarischen Humpelnäher noch so „arbeiterfreundliche“ Gesetze schmürzen: werden die revolutionären Erkenntnis gekommenen Arbeiter nicht mehr blaffen; es geht doch der Bourgeoisie an Kopf und Kragen. Um die soziale Revolution kommen die Arbeiter nicht darum.